

ge als auch der neue Anschluss- und Benutzungspflichtige den Verband unverzüglich über den Wechsel zu benachrichtigen. Gleiches gilt bei Veränderungen der Art der Grundstücksentwässerungsanlagen und der Menge des anfallenden Abwassers.

(5) Die Anzeigen nach Abs. 3 und 4 haben schriftlich zu erfolgen.

§ 7 – Haftung

(1) Der Anschluss- und Benutzungspflichtige haftet für verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder infolge eines mangelhaften Zustandes der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen.

Er hat den AZV von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Anlagen zurück, so haften deren Eigentümer oder Benutzer als Gesamtschuldner.

(2) Kann die Entsorgung wegen höherer Gewalt, Betriebsstörung, Witterungseinflüssen, Hochwasser oder ähnlichen Gründen nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat der Anschluss- und Benutzungspflichtige keinen Anspruch auf Schadensersatz.

(3) Unbeschadet des § 2 des Haftpflichtgesetzes haftet der AZV nur für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.

§ 8 – Benutzungsgebühren, Gebührenmaßstab

(1) Der AZV erhebt für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung nach § 1 dieser Satzung Gebühren in Form einer Benutzungsgebühr zzgl. Zuschlägen für Schlauchmehrlängen und Mehraufwand für Leerfahrten bzw. Störungen.

(2) Maßstab für die Benutzungsgebühr ist die mit der Messeinrichtung des Transportfahrzeuges gemessene Menge des entnommenen Abwassers, das bei jeder Abfuhr mit der Messeinrichtung des Transportfahrzeuges zu messen und vom Anschluss- und Benutzungspflichtigen zu bestätigen ist.

Der Benutzungsgebührenzuschlag für Schlauchmehrlängen wird als €-Betrag pro Meter zusätzlicher Schlauchlänge berechnet, wobei bei jeder Abfuhr diese Schlauchmehrlänge vom Anschluss- und Benutzungspflichtigen zu bestätigen ist.

Der Benutzungsgebührenzuschlag für Mehraufwand wird als €-Betrag pro Stunde bzw. pro Leerfahrt berechnet, wobei dieser zeitliche Mehraufwand bzw. die Leerfahrt nach der erfolgreichen Abfuhr vom Anschluss- und Benutzungspflichtigen zu bestätigen ist.

§ 9 – Gebührenhöhe

(1) Die Benutzungsgebühr beträgt je m³ Abwasser, welches aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben entnommen, abgefahren und in einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage gereinigt wird 26,66 €. Angefangene Kubikmeter werden bis 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet, solche über 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.

(2) Ab einer notwendigen Schlauchlänge grö-

ßer als 100 m werden 3,21 Euro je zusätzlichen Meter Schlauch berechnet.

(3) Zeitlicher Mehraufwand gem. § 5 Abs. 8 wird mit 32,12 Euro/je Stunde bzw. Leerfahrt berechnet.

§ 10 – Entstehung der Gebührenschuld

(1) Die Pflicht, Gebühren zu entrichten, entsteht erstmals mit dem Inkrafttreten dieser Satzung, frühestens jedoch mit dem 1. des Monats, der auf die Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlage fällt.

Sie endet mit dem Ablauf des Monats, in dem die Grundstücksentwässerungsanlage außer Betrieb genommen wird und dies dem Verband schriftlich mitgeteilt wird.

(2) Die Gebührenschuld entsteht

1. für die Benutzungsgebühren gem. § 9 Abs. 1 mit der Erbringung der Leistung,
2. für den Zuschlag auf die Benutzungsgebühren gem. § 9 Abs. 2 mit der Erbringung der Leistung und
3. für den Zuschlag für den zeitlichen Mehraufwand gem. § 9 Abs. 3 mit der Feststellung des schuldhaften Verhaltens des Anschluss- und Benutzungspflichtigen durch den AZV bzw. seines mit der Entsorgung beauftragten Unternehmens.

§ 11 – Festsetzung und Fälligkeit der Gebühr

(1) Die Heranziehung zur Gebühr erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Anlagen verbunden werden kann.

(2) Die Gebühren sind 2 Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

§ 12 – Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig i.S. von § 124 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 (1) das Abwasser nicht dem AZV überläßt;
2. Grundstücksentwässerungsanlagen nicht nach den Vorschriften des § 4 (1) herstellt, unterhält oder betreibt;
3. entgegen § 4 (3) Stoffe in Grundstücksentwässerungsanlagen einleitet, die geeignet sind, die bei der Entleerung, Abfuhr und Behandlung eingesetzten Geräte, Fahrzeuge und Abwasserreinigungsanlagen in ihrer Funktion zu beeinträchtigen, zu beschädigen oder zu zerstören;
4. entgegen § 4 (4) Nr. 1 i.V. mit § 6 (1) bis (3) der Abwassersatzung von der Einleitung ausgeschlossene Abwässer oder Stoffe in Grundstücksentwässerungsanlagen einleitet oder die vorgeschriebenen Grenzwerte für einleitbares Abwasser nicht einhält;
5. entgegen § 4 (4) Nr. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Abwassersatzung die notwendige Entleerung und Reinigung der Abscheider nicht rechtzeitig vornimmt;
6. entgegen § 6 (1) dem Beauftragten des AZV nicht ungehinderten Zutritt gewährt;
7. eine in § 6 (2) festgelegte Auskunftspflicht verletzt;
8. entgegen § 6 (3) und (4) seinen Anzeigepflichten gegenüber dem AZV nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt;

Die Vorschriften des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG) bleiben unberührt.

(2) Ordnungswidrig i.S. von § 6 Abs. 2 Nr. 2 SächsKAG handelt, wer seinen Anzeigepflichten nach § 6 nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.

§ 13 – Anordnung im Einzelfall, Zwangsmittel

(1) Der AZV kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

(2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Sächs. Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG) vom 12. Juli 1992 (Sächs. GVBl. S. 327).

§ 14 – Unklare Rechtsverhältnisse

Bei Grundstücken, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes eingetragen sind, tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers nach den Vorschriften dieser Satzung der Verfügungsberechtigte im Sinne von § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung der Zuordnung von ehemals volkseigenem Vermögen (Vermögenszuordnungsgesetz - VZOG) vom 22. März 1991 (BGBl. I S. 766) in der Fassung vom 3. August 1992 (BGBl. I S. 1464) bzw. § 8 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung der Zuordnung von ehemals volkseigenem Vermögen (Vermögenszuordnungsgesetz - VZOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. März 1994 (BGBl. I S. 709).

§ 15 – Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2004 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entsorgungssatzung vom 27. November 2001 außer Kraft.

Meerane, 17.12.2003

Prof. Dr. Ungerer (Verbandsvorsitzender)

Bekanntmachung

Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Chemnitz über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Frankenhausen, Waldsachsen, Gablenz, Harthau, Mosel, Oberrothenbach, Crossen, Niederhohndorf vom 4. Dezember 2003

Das Regierungspräsidium Chemnitz gibt bekannt, dass die VNG – Verbundnetz Gas AG, Braunstraße 7, 04347 Leipzig, Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Abs. 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. November 2001 (BGBl. I S. 3138, 3181), gestellt hat.

Die Anträge umfassen:

Az.: 14-3043/2003.091 – die bestehende Ferngasleitung FGL 32 Böhlen - Niederhohndorf DN 500 / PN 16 einschließlich Sonder- und Nebenanlagen im Bereich oben genannter Gemarkungen

Az.: 14-3043/2003.092 – das bestehende Kabel STK 2310 bis 2308, 2306 Böhlen –